

7 Fragestunde

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**:

Damit kommen wir zur Tagesordnung, ich habe allerdings noch keine abgestimmte Tagesordnung erhalten. Das heißt, ich bin noch nicht in Kenntnis, welche Punkte sozusagen unstrittig sind.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**:

Ach, pardon. Jetzt bin ich zu schnell. Wir haben jetzt 12.33 Uhr.

Wir beginnen mit der Fragestunden und ich darf Herrn Klubobmann Dreisiebner bitten, seine Frage an den Herrn Kollegen Riegler zu stellen. Danke.

Beginn Fragestunde: 12.33 Uhr

7.1 Frage 1: Kostenbelastung für Präsentation und Informationskampagne „Metro“ für die Holding Graz GmbH und deren Tochtergesellschaften (KO GR Dreisiebner, Grüne an StR Dr. Riegler, ÖVP)

KO GR **Dreisiebner**:

Ja, kann schon passieren in der Aufregung, Herr Vizebürgermeister.

Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Damen und Herren am Livestream. Wir machen doch eine Fragestunde, was mich freut. Und meine Frage dreht sich um die Präsentation und Informationskampagne zur Metro, die vor einer Woche hier in der Stadthalle präsentiert worden ist. In drei Durchläufen, bei einem für die Mitglieder des Gemeinderates bzw. Verkehrsausschusses, da durfte ich dabei sein, dafür sage ich

danke an die Holding Graz bzw. an die Stadt Graz. Weitere Durchläufe haben sich in den Medien dem Publikum gewidmet und lokalen Verkehrsinitiativen, was ich auch sehr positiv sehe. In dieser Präsentation, in dieser eineinhalb Stunden langen Möglichkeit, die Präsentation zu sehen und zu hören mit den ExpertInnen der Machbarkeitsstudie, wurde eine sehr professionell gemachte PowerPoint vorgezeigt, die mittlerweile, glaube ich, auch über die Medien und über die Homepages von Holding Graz und Stadt Graz abrufbar ist. Es ist allerdings die 600-Seiten-Studie, Machbarkeitsstudie, die die Grundlage zu dieser PowerPoint-Präsentation bzw. für die Schlüsse ist, ist bisher weder den GemeinderätInnen, den Klubs, den Stadtregierungsmitgliedern oder der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt worden. Dafür gibt es aber sehr intensive Informations-, mache sagen auch „Reklame“-Maßnahmen, auf der Seite der Stadt Graz, aber vor allem auch, und da dreht sich meine Frage dann darum, auf der Seite der Holding Graz, und das geht von Interviews, über Memes und Bilder bzw. Teile dieser PowerPoint-Präsentation. Die Informationsseite holding-graz.at ist normalerweise sehr serviceorientiert und versucht einfach, über diverse Maßnahmen, die anstehen, diverse Änderungen, Fahrplanänderungen, Betriebsstörungen, neue Fahrzeuge, was auch immer, Informationen zu liefern. Das ist jetzt ein bisschen in den Hintergrund getreten. Es ist fast nur mehr noch Metro-Information oder Reklame oder Marketing dort zu sehen und in diesem Sinne, weil es natürlich auch alles Geld kostet, darf ich an den Beteiligungsstadtrat Riegler folgende

Frage

stellen:

Welche Kosten wurden in der Holding Graz GmbH bzw. in deren Töchtern für die Präsentation der „Machbarkeitsstudie Metro“, das war das, was am letzten Donnerstag hier stattgefunden hat, sowie für die dazugehörige Informations- und

Werbekampagne/Reklamekampagne inkl. der Produktion von Videos, Images und anderer Materialien veranschlagt und beschlossen (Appl.)?

Originaltext der Frage:

Am vergangenen Donnerstag, den 18. Februar 2021 fand in der Stadthalle eine groß angelegte Präsentationsveranstaltung zur Machbarkeitsstudie für eine Metro in Graz statt. Eigentlich gab es am vergangenen Donnerstag ja drei Info-Durchläufe: zuerst jenen für die Klubobleute und Mitglieder des Verkehrsausschusses aller Fraktionen, danach einen für die Medien und schließlich noch für lokal agierende Mobilitätsinitiativen. Ich durfte beim ersten dieser drei Durchgänge dabei sein und bedanke mich heute und hier auch gerne nochmals bei den VeranstalterInnen für die Einladung.

Die, so hört man, 600 Seiten starke Unterlage für diese Machbarkeitsstudie wurde uns GemeinderätInnen oder den MedienvertreterInnen bislang ja leider nicht zur Verfügung gestellt. Damit fehlen uns zur tatsächlichen und tieferen Bewertung allerdings die vollständigen Datengrundlagen. Was wir zu sehen bekamen und was auch der Öffentlichkeit als Download zur Verfügung steht, ist eine schicke und professionell gestaltete PowerPoint-Präsentation. Auf der Website der Stadt gibt es sehr schöne Renderings und noch schönere Werbefilme zu sehen und allen Haushalten wurde darüber hinaus eine Sonder-BIG zugestellt. Die Social-Media-Kanäle sind voll auf und mit Metro, auch hier mit allen Renderings, Filmen, die Sonder-BIG etc. als Inhalte. Auf der Homepage und den Social-Media-Kanäle der Holding Graz wiederum sind aktuell wenig Serviceinfos, beispielsweise zu Baustellen, Fahrplanänderungen oder -störungen, zu den Vorschriften und Maßnahmen in Sachen Covid19-Pandemie etc. zu finden. Dafür gibt es auch hier wieder jene Inhalte zur Metro zu sehen, die man großteils bereits von der Website der Stadt Graz kennt.

Da Präsentation und Bewerbung dieses Projektes den sonst üblichen Rahmen deutlich überschreiten, darf ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Günter Riegler, folgende

Frage

stellen:

Welche Kosten wurden in der Holding Graz GmbH bzw. in deren Töchtern für die Präsentation der „Machbarkeitsstudie Metro“ sowie für die dazugehörige Informations- und Werbekampagne inkl. der Produktion von Videos, Images und anderer Materialien veranschlagt und beschlossen?

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**:

Der Herr Polz hat mich gerade darauf aufmerksam gemacht, dass die Frage Nummer 18 von Frau Gemeinderätin Mohsenzada sozusagen ins gleiche Horn stößt. Ich würde vorschlagen, dass die Frau Gemeinderätin ihre Frage ebenso stellt, und dass der Stadtrat das dann auch gleich gemeinsam beantworten kann.

**7.2 Frage 18: Kosten für Öffentlichkeitsarbeit der Grazer U-Bahn
(GRⁱⁿ Mag.^a Mohsenzada, KPÖ an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

GRⁱⁿ Mag.^a **Mohsenzada**:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren im Livestream. Meine Frage, sehr geehrter Herr Stadtrat: Auf der Pressekonferenz vergangenen Donnerstag, als die Holding Graz MUM ihre Studie über eine mögliche U-Bahn für Graz präsentierte, folgte eine umfassende Marketingkampagne auf unterschiedlichsten Medien. Neben einer Sondernummer der BIG bewarben nicht nur ÖVP und FPÖ die U-Bahn-Idee über ihre eigenen Partei- und Politikerseiten, auch die Holding Graz bezahlte Werbeeinschaltungen auf unterschiedlichsten Medien.

Darum stelle ich seitens des KPÖ Gemeinderatsklubs die

Frage:

Wie hoch sind die bisherigen sowie die geplanten Kosten für PR-Maßnahmen der Holding Graz und ihrer Töchter für die U-Bahn-Pläne, also Einschaltungen InfoScreen, Bewerbung von Social-Media-Inhalten, gesponserte Affiliates bei Grazer Medien?

Originaltext der Frage:

Auf der Pressekonferenz vergangenen Donnerstag, als die Holding Graz-Tochter MUM ihre Studie über eine mögliche U-Bahn für Graz präsentierte, folgte eine umfassende Marketingkampagne auf unterschiedlichsten Medien. Neben einer Sondernummer der BIG bewarben nicht nur ÖVP und FPÖ die U-Bahn-Idee über ihre eigenen Partei- und Politikerseiten: Auch die Holding Graz bezahlte Werbeeinschaltungen auf unterschiedlichsten Medien.

Darum stelle ich seitens des KPÖ Gemeinderatsklubs die

Frage:

Wie hoch sind die bisherigen sowie die geplanten Kosten für PR-Maßnahmen der Holding Graz und ihrer Töchter für die U-Bahn-Pläne (Einschaltungen InfoScreen, Bewerbung von Social-Media-Inhalten, gesponserte Affiliates bei Grazer Medien, etc.)?

StR Dr. **Riegler:**

Dankeschön, Karl Dreisiebner, für das Lob, dass du von einer sehr professionellen Präsentation gesprochen hast. Das war auch mein Eindruck, denn in Angelegenheiten des öffentlichen Verkehrs sollte man auf jeden Fall hohe Professionalität an den Tag

legen, um eben tatsächlich auch die Glaubwürdigkeit für die Projekte, für die Menschen draußen beurteilbar zu machen. Ich darf Ihnen beiden antworten, möchte aber zunächst auch ein paar Dinge korrigieren, die, so wie du sie insbesondere, Karl, gesagt hast, nicht ganz stimmen. Möchte darauf verweisen, dass sowohl auf der Website als auch auf den Sozialen Medien alle möglichen Inhalte, relevanten Inhalte über die Holding Graz zu finden sind und nicht bloß, wie du es sagst: nur noch Metro, Metro, Metro. Wir haben am 23. Februar 2021, das ist also vorgestern, um 14.00 Uhr Abfrage gemacht, 32 News-Beiträge, sieben Service-Beiträge, und davon waren lediglich zwei solche, die die Metro betroffen haben. Ich darf darauf verweisen, dass z.B. in den Tagen rund um die Metro-Präsentation folgende News-Beiträge vorgekommen sind: „Beschlossen 15 neue Straßenbahnen für Graz“, glaube ich, eine sehr wichtige Mitteilung für die Grazerinnen und Grazer, die du sicher, Karl, und auch die Frau Mohsenzada sicher gut findet; dann einen Bericht über „Schöcklseilbahn macht Pause“, ein Beitrag; „Gutes gebraucht am Re-Use Friday“, und es war auch ein Video zu finden mit Frau Stadträtin Kollegin Judith Schwentner über Unterflurcontainer und über deren Einsatz in der Müllsammlung. Das heißt, es ist nicht wahr, dass es also jetzt immer nur um die Metro ginge, der Verkehrsticker hat darauf hingewiesen, dass es am 18.2.2021 aufgrund einer Störung der Linie 52 und am 19.2.2021 eine Störung der Linie 7 gegeben hat. Also alles funktioniert ganz normal und als zusätzliche Information gibt es eben die Info über die Metro. Auf den sozialen Medien, ich will es jetzt nicht verlesen, damit ich nicht die Zeit sprengte, wurden zahlreiche Berichte gepostet, 15 Straßenbahnen, natürlich ein Highlight, Abfall-App, Grazer Winterwelt, Schöcklseilbahnrevision, etc.

Zur Frage, was es gekostet hat, dass wir also in einer entsprechenden Professionalität die Dinge vorbereitet und gezeigt haben. Ich verlese das jetzt einfach runter, ich mache es eh schnell. Affiliates, das sind Kacheln in der E-Ausgabe in den Zeitungen: 477 Euro, die Sonder-BIG, Frau Mohsenzada, hier gleich für Sie die Antwort: 12.663 Euro, wobei ich auch hier betonen möchte, die BIG ist natürlich genau dafür da, die Bürgerinnen und Bürger über Neuigkeiten und über interessante Zukunftsfragen zu informieren. Der Konzern Holding Graz hat für Affiliates 95 Euro ausgegeben, die zwei Umfragen zur

Metro Graz haben 14.850 Euro gekostet; Technik, Regie, Videos insgesamt, das ist jetzt leider nicht aufsummiert: 2.135 Euro und 3.185 Euro, ihr bekommt das dann alles schriftlich. Animationsvideos, 3D-Renderings für die professionelle Darstellung, an der man sehen kann, wie eben so eine Metro aussehen könnte: 36.900 Euro, Druckerei 101 Euro und die Location-Mietung der MCG, die ja ohnedies leider Gottes momentan eben wegen des Lockdowns kaum Geschäft hat: 5.000 Euro. Das sind, wie gesagt, die Zahlen, allerdings möchte ich diesen Zahlen noch abschließend noch etwas gegenüberstellen, nämlich den medialen Impact österreichweit. Wir waren in der ZIB 2, wir waren in der ZIB 1. Es wird in ganz Österreich darüber diskutiert über dieses Zukunftsprojekt für die Stadt Graz und daher ist der Werbewert und der mediale Impact für die Innovations- und Technologie-Stadt Graz unbezahlbar (*Appl.*).

KO GR Dreisiebner:

Vielen Dank für die sehr ausführliche Beantwortung einerseits und zum anderen lege ich schon Wert darauf, dass ich nicht gesagt habe, dass keine Information mehr auf der Holding Graz Seite mehr zu finden ist, sondern dass es eben sehr viel zum Schwerpunkt Metro gegeben hat und noch gibt. Dass es nichts anderes gibt, habe ich nicht gesagt, aber ich glaube, das ist jetzt auch aufgrund deiner Darstellung eh geklärt. Wir haben ja heute später noch einen dringlichen Antrag: ein zukunftsorientierter Schulterschluss für innovative Mobilitätslösungen in Graz mit seinem Zentralraum und in der Stadt Graz, also praktisch das ganze Umfeld-Gebiet. Auf den freue ich mich, auf die Diskussion freue ich mich. Und eben meine Zusatzfrage; nachdem die Kosten, würde ich jetzt einmal sagen, natürlich nicht ohne sind, aber überschaubar sind, so würde ich es jetzt einmal formulieren, wäre an dich, lieber Günter Riegler, als
Beteiligungsstadtrat: Welche Schritte wirst du setzen in deiner Verantwortung als Beteiligungsstadtrat bzw. vorschlagen in Richtung Holding, um auch den anderen in den Prozess, der im dringlichen Antrag dann ja aufgesetzt wird, zur Diskussion stehenden städtischen und stadtreionalen ÖV-Plänen entsprechende Planungsgrundlagen-/Studiengrundlagen-Ausarbeitung zu ermöglichen, sowie

vergleichbare Informationsmaßnahmen wie jetzt bei der Metro auch möglich zu machen? Du hast ja auch gesagt, dass es wichtig ist, gute Information über ÖV-Projekte zu machen. Danke für deine Antwort.

StR Dr. **Riegler**:

Ja, die Zusatzfrage hat es ja in sich, das war ja nicht nur eine Zusatzfrage, sondern ein ganzer Zusatzvortrag. Ich freue mich auch, wir haben uns ja schon seit Tagen auf den sozialen Medien ja durchaus auch schon darüber unterhalten. Ich freue mich heute auf den Dringlichen und der Kerninhalt unseres Dringlichen wird ja sein, dass wir tatsächlich ein politisches Gremium mit Experten damit beauftragen, tatsächlich alle Unterlagen und alle Daten ausgiebig zu diskutieren und zu erörtern, also ich kann dir versichern, lieber Karl, wenn du zuhörst, dass du also auf jeden Fall von uns voll und ganz als Allererster informiert werden wirst.

7.3 Frage 2: Sicherung der Straße auf den Plabutsch (GR Mag. Haßler, SPÖ an StR Dr. Riegler)

GR Mag. **Haßler**:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtrat. Bevor die Mini-U-Bahn oder die Metro, wie es der Kollege Dreisiebner genannt hat, quasi wie der Phönix aus der Asche rechtzeitig zum Wahljahr wieder einmal aus dem Untergrund aufgetaucht ist, haben wir uns ja eher mit himmelwärts gerichteten Projekten beschäftigt und eines dieser Luftprojekte, wenn man es so nennen kann, war auch die Gondel auf den Plabutsch hinauf. Da haben wir uns ja sehr viel, auch sehr professionell, was das Geldausgeben betrifft, mit diesem Projekt beschäftigt. Es sind ja auch einige 100.000 Euro da hineingegangen in Vorbereitungsarbeiten, die jetzt sozusagen quasi verloren sind und im Zuge dieses Projektes hat es auch einen

Waldtausch am Plabutsch gegeben, der damals ja im Gemeinderat sehr intensiv besprochen wurde, der nicht ganz unumstritten war, weil wir ja doch 180.000 m², wenn ich es richtig im Kopf habe, weniger an Wald sozusagen im Tauschwege erhalten haben, auch abgegolten dann in einer gewissen Form, das war eben damals auch im Gespräch. Im Gespräch war auch, dass man sich beim Plabutsch darum kümmern muss, dass der Plabutsch gut erreichbar bleibt. Wir wissen ja aus der Vergangenheit, dass es dort immer wieder Probleme gegeben hat mit der einzigen Möglichkeit da rauf, mit der Zufahrtsstraße. Diese Straße existiert, glaube ich, in asphaltierter Form seit den 50er-Jahren. Es ist dort oben seit, glaube ich, über 100 Jahren ein Gasthaus angesiedelt. Jetzt ein Bergheuriger, der momentan leider geschlossen ist wegen Corona. Aber die Erreichbarkeit des Plabutsches war immer ein großes Thema und es hat dort nicht erst seit den Zeitungsberichten letzter Woche, die uns dann wieder auch an dieses Gondelprojekt und auch an einen Ehrenbürger der Stadt Graz ein bisschen erinnert haben, da gibt es nicht erst seit letzter Woche dort Probleme, sondern eigentlich, so wie ich es jetzt nachvollziehen konnte, seit Jahrzehnten. Es ist zwar in den 50er-Jahren sogar ein Bus hinaufgefahren, aber trotzdem gibt es dort immer wieder Probleme an gewissen Stellen bei dieser Zufahrt. Es gibt dort den einen oder anderen Grundstücksbesitzer, der sich gestört fühlt durch die Straße, die dort vorbeigeht und es gibt auch immer wieder Aktionen, wie bspw., dass bei Engstellen bewusst Pflöcke gesetzt werden, um das Ausweichen ja nicht zu ermöglichen. Es werden dort Steine in spezieller Größe, 30 bis 40 cm, damit man es nicht so gut sieht, knapp zum Straßenrand platziert, damit man beim Ausweichen vielleicht gleich einmal eine Reparatur mitbuchen kann. All diese Dinge gibt es dort seit Jahren, die immer auf- und abschwellen, die auch schon vor Gericht besprochen wurden und wie ich aus Unterlagen entnehmen konnte, hat auch die Holding Graz im Vorjahr die Anrainerinnen und Anrainer dieser Straße angeschrieben und darauf hingewiesen, dass sie ihre Dienste dort einstellen müssen, wenn das nicht abgestellt wird, weil die Fahrzeuge auch der Holding Graz immer wieder dort beschädigt werden. Also, es ist nicht überraschend, dass es dort eben in diesem Straßenbereich immer wieder

Probleme gibt und umso mehr verwundert es, dass man nicht die Gelegenheit genutzt hat ...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Fragen!*

GR Mag. **Haßler**:

... ja, andere haben das auch gemacht ...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Bitte, die Redezeit einhalten.*

GR Mag. **Haßler**:

... dass man nicht die Gelegenheit genutzt hat, beim Waldtausch auch über diese Straße zu verhandeln und deshalb, damit ich dem Herrn Vizebürgermeister auch Recht gebe, stelle ich jetzt meine

Frage:

Nachdem der Herr Stadtrat ja, wie er gesagt hat, sehr professionell vorgeht, deshalb darf ich dich fragen, Herr Stadtrat: Warum wurde mit dem Grundstücksbesitzer, der auch Anteile an der Zufahrtsstraße zum Fürstenstand bzw. zum Bergheurigen am Plabutsch besitzt, im Jahre 2019, als man diesen Waldtausch mit der Stadt verhandelt hat und auch die Trassensicherung für die Gondel, die wir ja jetzt nicht mehr brauchen, dort mit hineinverhandelt hat, warum wurde damals nicht auch eine Zusatzvereinbarung gemacht, die auch die Zufahrt auf der Straße dementsprechend absichert?

Originaltext der Frage:

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Warum wurde mit einem Grundstücksbesitzer, der auch Anteile an der Zufahrtsstraße zum Fürstenstand bzw. zum Bergheurigen am Plabutsch besitzt, im Jahr 2019, anlässlich des für die Stadt Graz nicht gerade vorteilhaften Waldtausches zur Trassensicherung für die seinerzeit von der Koalition geplante und mittlerweile abgesagte Plabutschgondel, keine Zusatzvereinbarung zur Absicherung der öffentlichen Nutzung der Straße getroffen?

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Danke. Bevor der Herr Stadtrat antwortet, möchte ich Sie, meine Damen und Herren, noch einmal bitten, sich an die Redezeiten zu halten. Ich finde es unfair, wenn jemand die Redezeit überschreitet, jenen gegenüber, die dann nachkommen und möglicherweise ihre Frage dann nicht mehr stellen können. Das gilt bitte für die Gemeinderäte als auch für jene, die beantworten. Und Sie kennen mich, ich versuche das so zu handeln, dass ich, wenn ich merke, dass man zum Ende kommt, das sehr wohl zulasse, dass jemand länger spricht, aber wenn ich merke, dass es nicht zum Ende kommt, dann werde ich das unterbrechen. Ich sage es nur gleich im Vorhinein, damit Sie wissen, wie ich die Vorsitzführung mache. Jetzt darf ich den Herrn Stadtrat bitten um die Antwort.

StR Dr. Riegler:

Das freut mich sehr, Herr Kollege Haßler, dass der SPÖ offenbar die Erreichbarkeit des Plabutschgipfels so ein Anliegen ist. Denn jeder, der sich mit dem Fahrrad oder zu Fuß

über die Kollerbergwegstraße Richtung Plabutschgipfel bewegt, der weiß ganz genau, dass es da einige extreme Engstellen gibt, bei denen du also gerade noch mit Müh und Not mit dem Auto überhaupt raufkommst und wieder runter und bei Begegnungen mit Autos es sowieso schon sehr schwierig wird. Das war übrigens der Grund, warum wir uns unter anderem dazu entschlossen haben, eine umweltfreundliche Erschließung des Plabutsch einzureichen und als Projekt vorzutragen und ihr wart ja leider dagegen und habt dagegen sehr stark gearbeitet, daher, wenn man von einem Luftprojekt spricht, dann muss man schon dazusagen, dass es natürlich vor allem deswegen ein Luftprojekt momentan ist, weil es eben da verhindert zu werden versucht ist. Ich habe mir die Sache ganz genau angeschaut. Der Kollerbergweg ist eben jene Straße, die von der Steinbergstraße abzweigend sich dann entlang des Plabutscherrückens zum Fürstenstand hinaufbewegt. Das Schild, von dem da Rede ist, hat es immer schon gegeben, das stand nur etwas abseits und war daher nicht gut sichtbar, ist offenbar vom Eigentümer erneuert worden. Die Flächentauschgeschichte, die wir damals 2019 gemacht haben, hat mitnichten daran etwas geändert, also dieses Schild und dieser Streifen Privatgrund, auf dem dieses Schild steht, hat auch vorher schon immer demselben Eigentümer gehört. Ich darf Ihnen allerdings gleich zur Beruhigung sagen, es gibt ein landesgerichtliches Urteil zweiter Instanz aus dem Jahr 2011, das unzweifelhaft darüber abspricht, dass eben auch auf die Zukunft gesehen die Straßenzufahrt zum Fürstenstand immer gesichert ist, weil das eben bereits ein ersessenes Servitut ist. Ich kann also alle Grazerinnen und Grazer auf diesem Wege auch beruhigen: Sollten Sie mit dem Auto auf den Fürstenstand hinaufwollen, werden Sie das auch weiterhin unproblematisch tun können.

GR Mag. **Haßler**:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, genau so professionell wie du bist, bin natürlich auch ich. Also auch ich kenne dieses Urteil, habe es auch ausgehoben. Was das Problem ist, ich bin selbst ein Kärntner und bin Bergstraßen gewohnt, normalerweise hat man da, wenn es eng wird, auf das Bankett auszuweichen und wenn dort genau neben dem

Asphalt dann Steine liegen, dann gibt es ein Problem und das muss man einfach besprechen. Und nachdem in einem Bereich, wo es halt besonders problematisch ist, auch ein Ehrenbürger der Stadt Graz als Anrainer mitbetroffen ist und ich mir das angeschaut habe, wir haben 47 Ehrenbürger, ich sage nur als Beispiel Waltraud Klasnic, Heinz Fischer, Alfred Stingl, also alles ehrenwerte Personen, wie auch dieser Unternehmer da oben eine sehr ehrenwerte Person ist, davon gehe ich aus, wurde auch von euch vorgeschlagen. Ich gehe davon aus, dass er auch ein Vorbild ist, der auch ein Vorbild ist, der öffentliche Interessen nicht behindern, sondern fördern will und deshalb meine Zusatzfrage: Bist du bereit, wir Zwei von mir aus, der Bürgermeister von Thal, unser Bürgermeister, dass wir uns zusammensetzen mit diesem Anrainer, vielleicht darüber reden, woran hapert es? Vielleicht gibt es wegen der Erhaltung Themen. Ich würde gerne gemeinsam versuchen, dort eine Lösung zu finden, dass man dort wirklich stressfrei auch hinaufkommen kann und diese Probleme, die du geschildert hast, ja seit Jahrzehnten schon bestehen, dass wir die endlich vom Tisch haben. Danke.

StR Dr. Riegler:

Also, lieber Kollege Haßler, ich bin zu allem bereit, nur zaubern kann ich auch nicht. Also, die Engstellen, die es dort gibt, die kann man nicht beseitigen. Das Interesse eines Privatgrundeigentümers, dass dort eben nicht Autos in den Wald hineingestellt werden, das muss man verstehen. Auch wir als Stadt Graz, über die GBG, sind da immer sehr darauf erpicht, dass z.B. nicht bei der Stephanienwarte dann Autos wild in den Wald hineinparken, die dann möglicherweise Öl verlieren oder sonst etwas. Da geht es auch um die Tiere und um die Natur. Das heißt, ja, ich bin gerne bereit zu Gesprächen, wenn es darum geht, dass wir irgendwo vielleicht bei den Parkmöglichkeiten schauen, ob man da irgendwie helfen kann, aber grundsätzlich ist die Straße und die Zufahrt gesichert (*Appl.*).

**7.4 Frage 3: Evaluierung des Maßnahmenkatalogs zur Reduktion der Feinstaub- und Stickstoffdioxidbelastung im Grazer Stadtgebiet
(GRⁱⁿ Reininghaus, Neos an StRⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

GRⁱⁿ Reininghaus:

Sehr geehrter Stadtsenat, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Zuschauer zuhause am Livestream. Ich habe eine Frage betreffend die Grazer Luftqualität an Stadträtin Judith Schwentner. Über Beschluss des Gemeinderates wurden Maßnahmenpläne zur mittel- und langfristigen Verminderung der Feinstaubbelastung festgelegt, wobei auch bestimmt wurde, dass die Umsetzung der Maßnahmen in Abständen von 1 bis max. 3 Jahren zu evaluieren wären. Wie hinlänglich bekannt, ist gerade die Luftqualität in Graz teilweise sehr bedenklich, was gesundheitliche Auswirkungen für die Grazer und Grazerinnen zur Folge haben kann und der Stadt Graz das negative Image einer „Feinstaub-Stadt“ beschert. Dementsprechend ist der 6. Maßnahmenkatalog ein sehr besonders wichtiges Stück, weil es Maßnahmen zum öffentlichen Verkehr, zum motorisierten Individualverkehr sowie zum Radverkehr konkretisiert. Nur in regelmäßigen Abständen durchgeführte Evaluierungen geben Aufschluss darüber, wie in Graz mit der Verkehrsfrage weiter umgegangen werden muss und so hat auch der Stadtrechnungshof kritisiert in seinem letzten Bericht, dass für den Maßnahmenkatalog 6 nach nunmehr knapp acht Jahren noch immer keine abschließende Evaluierung hinsichtlich Umsetzung und Wirksamkeit der Maßnahmen vorliegt. Daher stelle ich die

Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin Schwentner, liebe Judith, was sind die Gründe, die dazu geführt haben, dass das Umweltamt der Stadt Graz laut Rechnungshof-Bericht erst im März 2020 mit der Evaluierung des 6. Maßnahmenkatalogs begonnen hat?

Originaltext der Frage:

Die entscheidende gesetzliche Grundlage für die Messung und Bewertung von Luftschadstoffen in Österreich bildet das Immissionsschutzgesetz Luft (IG-L), das in seiner ursprünglichen Fassung aus dem Jahr 1997 stammt.

Im Jahr 2001 wurde das Gesetz umfassend novelliert und damit an die EU-Vorgaben angepasst.

Über Beschluss des Gemeinderates vom November 2013 wurden Maßnahmenpläne zur mittel- und langfristigen Verminderung der Feinstaubbelastung festgelegt, wobei auch bestimmt wurde, dass die Umsetzung der Maßnahmen in Abständen von 1 bis 3 Jahren zu evaluieren wären.

Wie hinlänglich bekannt, ist gerade die Luftqualität in Graz bedenklich, was gesundheitliche Auswirkungen für die GrazerInnen zur Folge haben kann und der Stadt Graz das Image einer „Feinstaub-Stadt“ beschert.

Laut Grazer Emissionskataster ist zu 50 % der Verkehr für die schlechte Luft in Graz verantwortlich. Dementsprechend ist gerade der 6. Maßnahmenkatalog ein besonders wichtiges Stück, weil es Maßnahmen zum öffentlichen Verkehr, zum motorisierten Individualverkehr sowie zum Radverkehr konkretisiert.

Nur nach regelmäßig durchgeführten Evaluierungen lässt sich beurteilen, wie Graz in der Verkehrsfrage weiter agieren muss.

Der Stadtrechnungshof kritisiert in seinem letzten Bericht, dass für den Maßnahmenkatalog 6 aus dem Jahre 2011, nach nunmehr knapp 8 Jahren, noch immer keine abschließende Evaluierung hinsichtlich Umsetzung und Wirksamkeit der Maßnahmen vorliegt.

Daher stelle ich folgende

Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin Schwentner, was sind die Gründe, die dazu geführt haben, dass das Umweltamt der Stadt Graz laut Rechnungshof-Bericht, erst im März 2020 mit der Evaluierung des 6. Maßnahmenkatalogs begonnen hat?

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Liebe Sabine Reininghaus, danke für die Frage, das ist eine sehr wichtige und jetzt bin ich froh, dass ich hier in der Öffentlichkeit das auch beantworten kann. Wir wissen, so steht es auch im Motivenbericht richtig drinnen, dass der Verkehr seit Jahren, vor allem der motorisierte Individualverkehr, seit Jahren in Graz ein riesiges Problem ist. Nicht nur in Bezug auf die Luftqualität, sondern natürlich auch in Bezug auf unser Klima. Wir wissen alle, dass CO₂-Verursacher Nummer 1 das Auto ist. Das Umweltamt ist ein Fachamt und ist für die Evaluierung solcher Maßnahmen extrem abhängig von anderen Abteilungen und auch dem Land. Also es hat auch 2016 schon begonnen mit der Überarbeitung dieses Maßnahmenkataloges, damals wurde auch im Auftrag des Gemeinderates eine Studie erstellt der TU Graz. Auch da stehen ganz relevante Maßnahmen drinnen. Es scheitert leider, bisher, wir reden ja heute auch noch in der Dringlichen darüber, leider bisher am politischen Willen, auch entsprechende Maßnahmen zu setzen, das ist das eine. Das Zweite ist, tatsächlich ist das Land säumig, und da ist das Umweltamt der Stadt Graz schon mehrfach an das Land herangetreten und hat urgiert, dass es endlich diesen Emissionskataster, der überarbeitet werden muss, wir neue Daten bekommen, weil neue Daten sind die Grundlage zu einer validen Evaluierung. Und drittens sind wir auch abhängig, ist das Umweltamt auch abhängig von andern Fachabteilungen, wie gesagt. In dem Fall auch mehrfach herangetreten, leider ohne Rückmeldung, an die Verkehrsplanung der Stadt Graz und die Verantwortliche, Kollegin Kahr, wir warten seit einem Jahr auf Daten und Maßnahmen aus dem Ressort, um das zusammenzuführen können und endlich die

Evaluierung abzuschließen. Sie wurde aber trotz dieser Versäumnisse angegangen, das heißt, sie ist in Erarbeitung, aber leider fehlt uns Entscheidendes (*Appl.*).

GRⁱⁿ Reininghaus:

Was denkst du, wann können wir denn in etwa rechnen, wann das Ergebnis der Evaluierung vorliegen wird?

StRⁱⁿ Mag.^a Schwentner:

Zum einen arbeitet das Umweltamt, wie gesagt, daran. Zum anderen warten wir noch immer auf die ausständigen Daten, aber ich hoffe, dass wir das bis März/April, also Ende Frühjahr, dann doch schaffen. Wenn wirklich alle Ressorts, die betroffen sind, es geht um die Baudirektion, Verkehrsplanung, Holding, Umweltamt, gemeinsam auch an dieser Evaluierung arbeiten. Also das Umweltamt tut sein Bestes.

**7.5 Frage 4: Verkehrsaufkommen/künftige Verkehrsentwicklung
u. a. am St.-Peter-Gürtel
(GR Mag. Frölich, ÖVP an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

GR Mag. Frölich:

Hoher Gemeinderat, Herr Vizebürgermeister, Frau Stadträtin. Meine Frage bezieht sich auf ein Thema, das uns immer wieder begegnet: es ist die den bebauten Wohngebieten immer näher rückende und in vielen Fällen immer wieder näher rückende Bebauung durch gewerbliche Betriebe und gewerbliche Nutzung. Wir sind einerseits froh darüber, dass Graz eine wachsende Stadt ist, dass wir Wohnbebauung an vielen schönen Stellen, dass die notwendig ist, weil immer mehr Menschen nach Graz kommen und wir können auch froh sein darüber, dass immer mehr Betriebe, auch große internationale, die Standortqualität von Graz so schätzen, dass sie hierher

ziehen und hier ihre Niederlassungen gründen. In den letzten Tagen, in den letzten Wochen, hat eine ganz spezielle Situation die Niederlassung eines Logistikunternehmens für Staub aufgewirbelt und es sind immer wieder ähnliche Bereiche, es ist St. Peter, es ist Liebenau, es ist Puntigam, wo eben Flächen da sind, wo diese Bebauungsproblematik immer wieder aufpoppt und hier geht es doch um ein Projekt, das einen erheblichen Ziel- und Quellverkehr verursachen wird. In diesem Zusammenhang, ohne näher jetzt auf die, wir werden ja heute noch einen dringlichen Antrag zu der Thematik haben, und da wird auch noch darüber gesprochen werden, ohne näher jetzt auf dieser Situation eingehen zu wollen, möchte ich daher an dich, Frau Stadträtin, die

Frage

stellen:

Welche Möglichkeiten siehst du künftig, die Verkehrsströme in den im Motivenbericht erwähnten Bezirken, also insbesondere hier jetzt St. Peter, Liebenau, Puntigam, so zu leiten, dass die Belastung der Anrainer möglichst gering gehalten wird (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Viele Betriebe und Arbeitgeber finden in Graz Platz, so zieht es dementsprechend nicht nur Privatpersonen und Familien in die Landeshauptstadt, auch Wirtschaftsbetriebe sehen Graz als attraktiven Standort, um hier Niederlassungen zu errichten. Im Süden von Graz – besonders gemeint sind die Bezirke St. Peter, Liebenau und Puntigam – werden die Flächen immer intensiver für Betriebsansiedelungen genutzt, was auch mit einem verstärkten Verkehrsaufkommen in Zusammenhang steht.

Wenn große Konzerne die Stadt auswählen, um hier z.B. Verteilerzentren und Logistikunternehmen zu errichten, so hat das zum einen mit Standortattraktivität zu

tun, aber auch mit dem Umstand, dass die Konsumenten ihr Kaufverhalten neben finanziellen, immer häufiger auch nach Bequemlichkeitskriterien ausrichten. Wie beispielsweise Amazon selbst über sein Erfolgsrezept schreibt: „Der Markterfolg ist eine Folge der Kundenzufriedenheit.“

Graz jedenfalls steht mit dieser Herausforderung nicht alleine da; umso stärker ist es vonnöten, diese Trends in der Verkehrsplanung noch stärker mitzuberücksichtigen.

Daher stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, die

Frage:

Welche Möglichkeiten siehst du künftig, die Verkehrsströme in den im Motivenbericht erwähnten Bezirken so zu leiten, dass die Belastung der Anrainer möglichst gering gehalten wird?

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, der St.-Peter-Gürtel, den du hier ansprichst, ist Teil der Landesstraße B67a, also der Grazer Ring-Straße und damit Bestandteil eines der höchstrangigen Straßennetze in Graz. Generell bilden ja für die Fachabteilungen, die sich mit Mobilität beschäftigen, die im Gemeinderat beschlossenen Vorgaben hinsichtlich Flächenwidmungsplan und Bebauungspläne natürlich den Rahmen, in dem wir uns dann bewegen müssen. Aus verkehrlicher Sicht bindet die Landesstraße St.-Peter-Gürtel direkt an die Autobahn an. Das Land plant gemeinsam mit der Asfinag die Tüchtigung der Landesstraße St.-Peter-Gürtel mit zwei durchgehenden KFZ-Fahrbahnen und die Ausstattung der Autobahnauffahrt in Richtung Wien mit einer Ampelanlage. Dazu gibt es bereits, also dieses Projekt ist schon genehmigt und wird laut Auskunft, aktuelle, vom Land Steiermark auch in diesem Jahr begonnen, dass dieses Projekt umgesetzt wird. Generell halte ich diesen Ausbau an dieser Stelle für

sehr, sehr wichtig, weil es uns auch ermöglicht, in diesem Abschnitt künftighin einen öffentlichen Verkehr in dieses Gebiet zu führen, weiters wird im Zuge des Straßenausbauprojektes des Landes im Abschnitt auf der Nordseite auch ein Geh- und Radweg miterrichtet werden, wo die Kosten jeweils zu 50 % Stadt und Land tragen werden (*Appl.*).

GR Mag. Frölich:

Danke für die Beantwortung. Ich habe den Medien entnommen, dass du ja schon in Kontakt bist mit Anrainern und ich habe mir auch die Aussagen zu dem Thema angeschaut und gesehen, dass es durchaus allen bewusst ist, dass du als Verkehrsstadträtin ja ressortverantwortlich bist, um hier die entsprechenden Verkehrslösungen zu erarbeiten bzw. anzubieten. Meine Frage zielt darauf ab, ob du die betroffenen Anrainer darüber informiert hast, dass du als, damals, Planungssprecherin im Gemeinderat 1989 diesen Bebauungsplan mitbeschlossen hast im damaligen Bau- und Raumordnungsausschuss bzw., dass auch die Beschlussfassung im Gemeinderat 1989 mit den Stimmen deiner Fraktion, also einstimmig, erfolgt ist, das sollten ja die Menschen auch wissen, daher die Frage: Ist das entsprechend kommuniziert worden (*Appl.*)?

StRⁱⁿ Kahr:

Selbstverständlich. Wir waren als Gemeinderatsfraktion jetzt für die Bewohner und Bewohnerinnen ansprechbar. Wir haben im Rahmen der Covid-Bestimmungen dazu auch eine Infoveranstaltung gemacht und genau das, was du jetzt gesagt hast, haben wir dort den BewohnerInnen auch natürlich gesagt. Selbstverständlich, das ist ein einstimmiger Beschluss damals gewesen und zwar die Ausweisung als Gewerbegebiet. Und du weißt auch ganz genau, was den BewohnerInnen alles gesagt wurde, welche Gewerbebetriebe dorthin kommen werden, dass wir dort ein 24-Stunden-Logistikzentrum, also Verteilerzentrum hinbekommen, das war damals, das würde ich

auch gar niemandem hier im Haus unterstellen, das hat sich niemand gedacht und ich unterstelle auch gar niemandem hier im Haus, dass sich das vielleicht jemand wünscht. Wir werden selbstverständlich mitunterstützend auch weiterhin wirken, was das Amazon-, was das geplante Vorhaben betrifft und zwar dahingehend, dass wir alles dazu unternehmen werden, die Schutzbestimmungen für die Wohnbevölkerung dort bestmöglich mithelfend, dass das auch gemacht wird. Weil das halte ich für das Hauptproblem dort, nämlich die Verkehrsrelationen am Gelände selbst, wenn das ein 24-Betrieb ist, alleine von der Verkehrssituation selbst, weil hier in der Nacht einfach wirklich Schwerverkehr kommen wird und noch gar nicht auszudenken, wenn das wirklich umgesetzt wird, dass dort eben im Anschluss auch noch Überlegungen gibt, ein weiteres Logistikzentrum zu errichten mit Sublieferanten. Also, was sich dort dann am Platz und auf diesem Gelände abspielt, das wünschen wir uns, denke ich, alle nicht für die Bewohner (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – StR Hohensinner, MBA übernimmt den Vorsitz (13.07 Uhr).

**7.6 Frage 5: Fernwärmestrategie
(GR Dr. Meister, KPÖ an StRⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

GR Dr. **Meister:**

Werte Stadtregierung, werter Gemeinderat, sehr geehrte Frau Stadträtin. Uns allen sind die Fernwärmeversorgung der BewohnerInnen der Stadt Graz zu einem fairen Preis und sichere Lieferbedingungen ein großes Anliegen. Nachdem Kollegin Susanne Bauer bereits am 18.6.2020 Herrn Bürgermeister Nagl eine Frage bezüglich der künftigen Struktur der Fernwärmeversorgung nach dem Auslaufen des Vertrages zwischen Verbund AG und Energie Steiermark per 30.6.2020 gestellt hat – eine Frage, die meines Wissens noch immer auf eine Antwort wartet – möchte ich mich heute in diesem Zusammenhang dem Umweltaspekt zuwenden. 2013 wurde eine

Arbeitsgruppe, bestehend aus Energie Steiermark Wärme, Energie Graz, Holding Graz und Grazer Energieagentur unter Leitung des Grazer Umweltamtes konstituiert, die sich intensiv mit der Neuausrichtung des „Fernwärme-Aufbringungsmix 2020/30“ auseinandersetzte. Im Jahr 2018 wurde das Land Steiermark über das Referat Energietechnik und Klimaschutz als zusätzlicher Partner in das Kernarbeitsteam aufgenommen. Die wesentlichen Ziele wurden von der Arbeitsgruppe wie folgt festgelegt:

- Keine Verschlechterung beim Primärenergiefaktor der Fernwärme-Aufbringung (und damit der CO₂-Bilanz)
- Keine Verschlechterung bei spezifischen Emissionen
- Berücksichtigung der Immissionssituation in Graz
- Keine Erhöhung der Kosten in Relation zu anderen Beheizungsarten
- Beibehaltung der Versorgungssicherheit

Im Statusbericht 2019 wird leider, wie auch schon 2017, auf diese Zielerfüllung praktisch nicht eingegangen – es fehlen die konkreten Zahlen. Es fehlen unter anderem die Daten dafür, wie sich die sogenannte „Ausfallsreserve“ der 2016 in Betrieb genommenen Erdgas-Kesselanlage in Graz mit insgesamt 190 MW auswirkt, wobei ich dazusagen muss, in diesem Jahr 2020/21 ist die Ausfallsreserve laut Aussagen der Anrainer und der Bürger, die die Schornsteine sehen, unentwegt in Dienst und ist die Hauptquelle der Fernwärme in Graz und nicht eine Ausfallsreserve.

Offene, bisher unbeantwortete Fragen wären beispielsweise:

- Wie schauen Primärenergiefaktor und CO₂-Bilanz im Zeitverlauf sowie die spezifischen Emissionen aus und warum wurden diese bisher nicht veröffentlicht?
- Wie hat sich das oben genannte Gas-Kraftwerk auf die Immissionssituation in Graz, vor allem bzgl. NO_x, ausgewirkt?

In Österreich sind die Lieferanten bereits seit dem Jahr 2001 gesetzlich verpflichtet, auf den Stromrechnungen und auf kennzeichnungspflichtigen Werbematerialien die Primärenergieträgeranteile sowie die Mengen an CO₂-Emissionen und radioaktivem Abfall anzugeben, die bei der Erzeugung der elektrischen Energie entstanden sind. Wo bleibt die Fernwärmekennzeichnung?

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsclubs an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende

Frage:

Werden Sie in absehbarer Zeit dafür Sorge tragen, dass die zur Beurteilung der objektiven Situation der Grazer Fernwärmestrategie nötigen und im Motivenbericht genannten ausständigen Daten erhoben und dem Gemeinderat sowie der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Uns allen ist die Fernwärmeversorgung der BewohnerInnen der Stadt Graz zu einem fairen Preis und sicheren Lieferbedingungen ein großes Anliegen. Nachdem Kollegin Susanne Bauer bereits am 18.6.2020 Herrn Bürgermeister Nagl eine Frage bezüglich der künftigen Struktur der Fernwärmeversorgung nach dem Auslaufen des Vertrages zwischen Verbund AG und Energie Steiermark per 30.6.2020 gestellt hat – eine Frage, die meines Wissens noch immer auf eine Antwort wartet – möchte ich mich heute in diesem Zusammenhang dem Aspekt der Umwelt zuwenden.

2013 wurde eine Arbeitsgruppe bestehend aus Energie Steiermark Wärme, Energie Graz, Holding Graz und Grazer Energieagentur unter Leitung des Grazer Umweltamtes konstituiert, die sich intensiv mit der Neuausrichtung des „Fernwärme-Aufbringungsmix 2020/30“ auseinandersetzte. Im Jahr 2018 wurde das Land Steiermark über das Referat

Energietechnik und Klimaschutz als zusätzlicher Partner in das Kernarbeitsteam aufgenommen. Die wesentlichen Ziele wurden von der Arbeitsgruppe wie folgt festgelegt:

- *Keine Verschlechterung beim Primärenergiefaktor der Fernwärme-Aufbringung (und damit der CO₂-Bilanz)*
- *Keine Verschlechterung bei spezifischen Emissionen*
- *Berücksichtigung der Immissionssituation in Graz*
- *Keine Erhöhung der Kosten in Relation zu anderen Beheizungsarten*
- *Beibehaltung der Versorgungssicherheit*

Im Statusbericht 2019 wird leider, wie auch schon 2017, auf diese Zielerfüllung praktisch nicht eingegangen – es fehlen die konkreten Zahlen. Es fehlen unter anderem die Daten dafür, wie sich die sogenannte „Ausfallsreserve“ der 2016 in Betrieb genommenen Erdgas-Kesselanlage in Graz mit insgesamt 190 MW auswirkt.

Offene, bisher unbeantwortete Fragen wären beispielsweise:

- *Wie schauen Primärenergiefaktor und CO₂-Bilanz im Zeitverlauf sowie die spezifischen Emissionen aus und warum wurden diese bisher nicht veröffentlicht?*
- *Wie hat sich das oben genannte Gas-Kraftwerk auf die Immissionssituation in Graz, vor allem bzgl. NO_x, ausgewirkt?*

In Österreich sind die Lieferanten bereits seit dem Jahr 2001 gesetzlich verpflichtet, auf den Stromrechnungen und auf kennzeichnungspflichtigen Werbematerialien die Primärenergieträgeranteile sowie die Mengen an CO₂-Emissionen und radioaktivem Abfall anzugeben, die bei der Erzeugung der elektrischen Energie entstanden sind. Wo bleibt die Fernwärmekennzeichnung?

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsclubs an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende

Frage:

Werden Sie in absehbarer Zeit dafür Sorge tragen, dass die zur Beurteilung der objektiven Situation der Grazer Fernwärmestrategie nötigen und im Motivenbericht genannten ausständigen Daten erhoben und dem Gemeinderat sowie der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden?

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Danke, Herr Kollege Meister, für diese Frage. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass der Fernwärmeausbau in Graz ein wirklich vorbildlicher Ausbau ist und ich würde sogar sagen, dass das die größte Klimaschutzmaßnahme bisher ist. Vielleicht gelingt uns da ja noch ein Wurf in Bezug auf den öffentlichen Verkehr, aber bisher ist der Fernwärmeausbau wirklich vorbildlich, auch dass wir die erwähnte Arbeitsgruppe haben, die sich intensiv gemeinsam mit allen Stakeholdern, die da zuständig sind, mit diesem Thema befasst, und ja, tatsächlich, deswegen ist die Frage auch wichtig, fehlen Daten und haben wir, besonders heuer seit dem Juni 2020 ein Problem, nämlich dass die Vertragsänderung zustande gekommen ist zwischen Verbund und Energie Steiermark und damit aus dem Netz bzw. aus Mellach nicht mehr ins Fernwärmenetz Energie eingespeist werden kann und wir deswegen quasi dazu rückfallen müssen auf die Gaskessel in der Puchstraße. Sie können mir glauben, dass das kein grünes Anliegen ist und auch nicht in unserem Sinn, dass das passiert. Wir versuchen seit Langem, seit Monaten, allem vorweg Werner Prutsch vom Umweltamt, da eine gemeinsame Lösung herbeizuführen. Wir sind an das Ministerium herangetreten, aber auch eine Bitte ausgesprochen mehrfach in Bezug auf die Verhandler, nämlich Verbund und Energie Steiermark. Leider bleibt es noch immer aus, tatsächlich zum Leidwesen von uns allen. Was die Daten betrifft, die CO₂-Bilanz, so wurde mir zugesagt, dass die Energie Graz damit beschäftigt ist und einen Auftrag an die Grazer Energieagentur gegeben hat, das heißt, diese Daten sollten eigentlich in Ausarbeitung sein und eigentlich schon vorliegen. Ich werde dem nachgehen, weil es hat geheißen Ende 2020. Ich werde dem

nachgehen, will aber nur auch hier festhalten, dass die damals von Frau Bauer gestellte Frage an den Bürgermeister Nagl wahrscheinlich die richtige Adresse war. Ich bin nicht Eigentumsvertreterin, aber das Umweltamt wird alles dafür tun und ich auch als Umweltstadträtin, damit wir zu diesen Daten kommen, weil es natürlich in unser aller Sinne ist, dass wir hier entsprechende Beiträge leisten. Was die Fernwärmekennzeichnung angeht, so wissen Sie, so wie wir alle, dass gerade das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz in Erarbeitung ist, es hat sehr viele Stellungnahme dazu gegeben. Eine Maßnahme da drinnen sollte die verpflichtende Kennzeichnung von Fernwärme sein, das heißt, und wir setzen uns auch dafür ein, weil es eben in unserem Sinne ist. Und vielleicht noch abschließend, abgesehen davon, dass wir heuer auf die Puchstraße und das Gas zurückgreifen müssen, liegt in der Summe der Dreijahresschnitt von 2017 bis 2019 der Anteil in Graz an erneuerbaren Quellen, Abwärme und Wärme aus der KWK über 80 %, also wir hoffen, dass wir natürlich darauf wieder zurückkommen, um entsprechend auch einhergehende wichtige Dinge gewährleisten zu können (*Appl.*).

GR Dr. Meister:

Ich hätte nur die Zusatzfrage: Kann man irgendeinen zeitlichen Rahmen angeben, wo die Zahlen zur Verfügung gestellt werden, oder ist das nicht möglich momentan?

StRⁱⁿ Mag.^a Schwentner:

Also, ich habe die Auskunft bekommen über die Energie Graz, dass das Ende 2020 eigentlich fertig ist. Ich werde noch einmal nachfragen, ich kann das versprechen, dass wir dem nachgehen und ich hoffe, dass die Zahlen dann da sind, ist auch in unserm Sinne.

StR Hohensinner:

Danke, wir kommen zur Frage 6. Gemeinderat Lohr fragt Frau Stadträtin Elke Kahr: Entlastung des Bezirkes Eggenberg durch Neuregelung des Umleitungsverkehrs. Ein Danke an die GBG, die auch dafür sorgt, dass das Rednerpult auch immer wieder desinfiziert wird (*Appl.*).

**7.7 Frage 6: Entlastung des Bezirks Eggenberg durch Neuregelung des Umleitungsverkehrs
(GR Ing. Lohr, FPÖ an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

GR Ing. **Lohr:**

Hoher Gemeinderat, sehr verehrte Zuhörer, sehr geehrte Frau Stadtrat. Die Unterführung in der Alten Poststraße im Bereich Reininghaus ist erfreulicherweise seit einigen Wochen wieder befahrbar. Momentan sind allerdings nur Abbiegemöglichkeiten in die Eckertstraße oder in die Köflacher Gasse freigegeben. Da die Waagner-Biro-Straße baustellenbedingt als Einbahn verordnet wurde, kommt es nun vermehrt zu großem Ausweich- und Umleitungsverkehr im Bezirk Eggenberg. Will man beispielsweise aus dem Süden kommend in den Bereich Laudongasse oder etwa Daungasse gelangen, muss man momentan einen Umweg über die Eckertstraße, die Karl-Morré-Straße und weitere Straßenzüge in Kauf nehmen. Abhilfe könnte schaffen, wenn man aus der Köflacher Gasse im Bereich der PVA das Linkseinbiegen in die Eggenberger Straße temporär – während der Baustellenzeit – erlauben würde. Bekannt ist, dass dieser Zustand durch die Baustellen noch bis in den Herbst auf jeden Fall anhalten wird, dennoch stellt der Ausweichverkehr eine Belastung für die Eggenberger Bezirksbevölkerung dar.

Es ergeht die

Anfrage:

Sind Sie bereit, die Verkehrsbeziehungen an der Unterführungsbaustelle Alte Poststraße (insbesondere an den angesprochenen Kreuzungen) durch Ihre Ämter prüfen zu lassen um eine Optimierung der Verkehrsströme und eine Reduzierung des Umleitungsverkehrs herbeizuführen?

Originaltext der Frage:

Die Unterführung in der Alten Poststraße im Bereich Reininghaus ist erfreulicherweise seit einigen Wochen wieder befahrbar. Momentan sind allerdings nur Abbiegemöglichkeiten in die Eckertstraße oder in die Köflacher Gasse freigegeben. Da die Waagner-Biro-Straße baustellenbedingt als Einbahn verordnet wurde, kommt es nun vermehrt zu großem Ausweich- und Umleitungsverkehr im Bezirk Eggenberg. Will man beispielsweise aus dem Süden von der Alten Poststraße kommend in den Bereich Daungasse oder Laudongasse gelangen, muss man momentan einen Umweg über die Eckertstraße, die Karl-Morre-Straße und weitere Straßenzüge in Kauf nehmen. Abhilfe könnte schaffen, wenn man aus der Köflacher Gasse im Bereich der PVA das Linkseinbiegen in die Eggenberger Straße temporär – während der Baustellenzeit – erlauben würde. Bekannt ist, dass dieser Zustand durch die Baustellen wahrscheinlich nur bis in den Herbst dieses Jahres anhält, dennoch stellt der derzeitige Ausweichverkehr eine Belastung für die Eggenberger Bevölkerung dar.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Sind Sie bereit, die Verkehrsbeziehungen an der Unterführungsbaustelle Alte Poststraße (insbesondere die Kreuzung Eggenberger Straße und Köflacher Gasse) durch Ihre Ämter prüfen zu lassen, um eine Optimierung der Verkehrsströme und eine Reduzierung des Umleitungsverkehrs herbeizuführen?

StRⁱⁿ **Kahr**:

Vielen Dank, sehr geehrter Herr Gemeinderat Lohr, für Ihre Anfrage, sie ist ja wichtig, weil sich ja tatsächlich durch die großen Straßenbahnumbauten natürlich den Bezirk Eggenberg verkehrstechnisch trifft, ohne Zweifel. Sie haben aber auch richtig angeführt im Motivenbericht, dass eben vor dem Start der Baumaßnahmen selbstverständlich die ganzen Modellrechnungen und Untersuchungen von der Behörde natürlich angestellt wurden, um eben die Verkehrsrelationen so gut wie möglich aufrechtzuerhalten. Zwei Einbahnen bzw. Umleitungsregelungen sind ja mittlerweile wieder aufgehoben worden. Das eine ist eben die Verbindung Köflacher Gasse, Alte Poststraße, Reininghausstraße bis zur Eckertstraße. Das war im Dezember, und jetzt zuletzt eben die Umleitungsregelung über die Herbersteingasse und Gaswerkstraße wurde wieder aufgehoben. Ich möchte nur zur Information vielleicht gleich auch hier anmerken, die nächste Herausforderung wird die Alte Poststraße sein, also Kreuzung Eggenberger Straße, wo es ja mit einer Einbahnführung stadtauswärts ganz sicher auch eine Herausforderung gibt, um das so zu sagen. Aber ganz konkret zu Ihrem Vorschlag jetzt: Selbstverständlich hat das Straßenamt auch diese Überlegung, die Sie jetzt angeführt haben, nämlich das Linksabbiegen aus der Köflacher Gasse in die Eggenberger Straße kommend, geprüft. Das Straßenamt hat mir dazu ganz konkret mitgeteilt, dass die Umsetzung aufgrund fehlender Leistungsfähigkeit aber unterbleiben muss. Es hat sich schon bisher nicht gegeben, aber hier diesen Linksabbieger zu schaffen, würde es zu großen Problemen im Kreuzungsbereich dort kommen. Dieser Bereich ist jetzt schon äußerst ausgelastet, man stößt jetzt schon an die Grenzen. Wenn man das machen würde, würde es nicht nur dort vermehrt zu Staubbildung kommen für den KFZ-Verkehr, so die Rückmeldung, sondern vor allem, und das muss man wissen, dort sind vier Straßenbahnlinien, die würden dadurch schwersten beeinträchtigt werden, und das Straßenamt hat auf jeden Fall diesen Linksabbieger nicht empfohlen, es ist aber angeschaut worden und geprüft worden und wenn Sie dazu noch die näheren Untersuchungsunterlagen haben möchten, kann ich Ihnen die gerne zukommen lassen.

GR Ing. **Lohr**:

Danke ganz kurz für die Beantwortung, und dass das Straßenamt das so rasch auch geprüft hat. Ja, eine Bitte habe ich schon noch, es ist eben der Appell, dass man sich das auf jeden Fall anschauen sollte, weil wir haben ja in den vorigen Fragen auch gehört, wir machen uns um die Umweltverschmutzung Sorgen und weil man hier dann eben bewusst auch Fahrzeuge in die Wohnviertel umleitet, vor allem in Eggenberg ist das natürlich eine zusätzliche Umwelt-/Luft-Belastung. Jedes Auto, das im Stau steht, erzeugt natürlich Abgase, vielleicht kann man noch andere Lösungen, weil die Straßenbahn fährt ja auch nicht rund um die Uhr. Wenn der Takt ein anderer ist, vielleicht lässt sich hier auf jeden Fall noch etwas optimieren und bei der Alten Poststraße bin ich auch gespannt, also bitte vergesst hier das nicht, dass hier doch auch Autofahrer und auch Pendler, die hier fahren müssen, nicht den ganzen Bezirk Eggenberg, und vor allem auch Lend ist hier betroffen, nicht lahmgelegt wird.

StR **Hohensinner**:

Ok, das war eine Feststellung oder eine Meinung. Die Frau Stadträtin möchte trotzdem auch eine vielleicht andere Meinung hinzufügen.

StRⁱⁿ **Kahr**:

Es ist ja eine richtige Feststellung, aber du bist Verkehrssprecher und schon sehr lange auch hier im Haus und du warst es auch als Vertreter deiner Fraktion, als dein Stadtrat zuständig war und du weißt ganz genau, dass das Straßenamt hier sehr aufpasst und man kann nur größten Respekt und Hochachtung den KollegInnen, also den Kollegen muss man dort sagen, aussprechen, die eigentlich diese wirklich äußerst großen Herausforderungen bei diesen Großbaustellen wirklich bestmöglich auch immer probieren, auch umzusetzen genau in dem Sinne, wie du es auch genannt hast. Aber wir werden hier dranbleiben und jede Information oder Ratschlag, der vielleicht noch mithilft, ist natürlich immer willkommen. Danke (*Appl.*).

**7.8 Frage 7: Aufstellen von Hinweistafeln im Straßenraum
(GR Mag. Kuhn, Grüne an Bgm. Mag. Nagl – i.V. StR Dr. Riegler, ÖVP)**

GR Mag. **Kuhn**:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer.

Meine Frage bezieht sich auf das Aufstellen von Hinweistafeln für personenbezogene Straßennamen. Am 4.7.2019 wurde hier beschlossen, dass unter anderem diese Zusatztafeln aufgestellt werden, und zwar im Zeitraum von 2019 bis 2028, durch die Pandemie verzögert sich das halt jetzt ein bisschen. Es ist aber im Antragstext auch drinnen gestanden, dass vor allem diese Hinweistafeln für äußerst bedenkliche Straßennamen priorisiert vorgezogen werden und zwar steht unter dem Punkt 2020: die Produktion und Aufstellung der Hinweistafeln, und zwar sind das 168 Stück für die als problematisch und sehr problematisch ausgewiesenen Straßennamen. Die erste Hinweistafel ist jedoch im Maria-Cäsar-Park aufgestellt worden. Maria Cäsar ist natürlich eine sehr coole, äußerst ehrenhafte Frau, trotzdem weicht das von diesem Antrag ab und nach den Medienberichten ist auch zu vernehmen, dass es weitergeht, dass es halt einige Straßennamen, die sehr belastet sind, dann einige, die belastet sind, werden in nächster Zeit noch aufgehängt und fünf unbelastete, und das lenkt, finde ich, ein bisschen von dieser Ursprungsdebatte ab. Im Mittelpunkt standen ja, ich darf das in Erinnerung rufen, die Straßennamen, die an Personen erinnern, die den Nationalsozialismus verherrlichen, den Antisemitismus propagierten oder Kriegshetzer waren. Und dass jetzt diese zusatzbezogenen Straßennamen kommen, das war ein Kompromiss, wir wollten ja, dass die extrem bedenklichen direkt auch umbenannt werden, aber dafür gibt es ja im Rathaus aktuell keine Mehrheit dazu. Und wenn man jetzt von diesem Beschluss abgeht, verwässert man das noch ein bisschen oder verwässert das noch weiter. Deshalb meine

Frage:

Welche Überlegungen haben Sie dazu veranlasst, vom Gemeinderatsbeschluss „Grazer Straßennamen – Umsetzung des Maßnahmenkataloges“ vom 4.7.2019 abzugehen und die Zusatztafeln für die als „problematisch“ und „sehr problematisch“ eingestuften Straßennamen nun nicht mehr prioritär umzusetzen (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Am 4.7.2019 wurde im Grazer Gemeinderat die Umsetzung des Maßnahmenkataloges Grazer Straßennamen beschlossen. Das Aufstellen von Hinweistafeln in 734 Straßen, die personenbezogenen Bezeichnungen führen, soll im Zeitraum 2019 bis 2028 erfolgen. Im Gemeinderatsstück wird aber auch eine Priorisierung bei der Vorgangsweise festgelegt. So sollen zuerst jene 168 Hinweistafeln für Straßennamen erstellt und angebracht werden, die von der HistorikerInnenkommission als „sehr problematisch“ oder „problematisch“ eingestuft werden:

2020:

Erstellen der Texte für die Hinweistafeln

Aufbereitung der Texte im EKS-Endbericht für eine Veröffentlichung im Internet

Produktion und Aufstellung der Hinweistafeln (168) für die als „problematisch“ und „sehr problematisch“ ausgewiesenen Straßennamen

(aus GR-Stück Grazer Straßennamen – Umsetzung des Maßnahmenkataloges, Seite 2).

Die erste Hinweistafel wurde nun aber, entgegen des Gemeinderatsbeschlusses, im Maria-Cäsar-Park aufgestellt, folgen sollen lt. Medienberichten zwei Straßen mit der Einstufung „sehr belastet“, vier mit der Einstufung „belastet“ und fünf Tafeln für unbelastete Straßennamen.

Diese Vorgangsweise erweckt den Eindruck, dass von der ursprünglichen Debatte abgelenkt werden soll, in deren Mittelpunkt ja die Frage stand, wie man mit Straßennamen umgehen soll, die an Personen erinnern, die den Nationalsozialismus verherrlichten, Antisemitismus propagierten oder Kriegshetzer waren. Dass alle

personenbezogenen Straßennamen Zusatztafeln bekommen, war schon ein Kompromiss. Wenn nun weiterhin die Zusatztafeln ohne Priorisierung der schwer belasteten und belasteten Namen aufgestellt werden, dann wird die ursprüngliche Intention des Projektes wohl weiter verwässert.

Daher richte ich an Sie folgende

Frage:

Welche Überlegungen haben Sie dazu veranlasst, vom Gemeinderatsbeschluss „Grazer Straßennamen – Umsetzung des Maßnahmenkataloges“ vom 4.7.2019 abzugehen und die Zusatztafeln für die als „problematisch“ und „sehr problematisch“ eingestuften Straßennamen nun nicht mehr prioritär umzusetzen?

StR Dr. Riegler:

Danke, Herr Mag. Kuhn. Ich darf bei dieser Gelegenheit auch von dieser Stelle aus den Herrn Bürgermeister und seine ganze Familie recht herzlich grüßen, in dessen Vertretung ich heute antworten darf und der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass alles gut geht. Ich wurde gebeten, eben heute auch die Antwort zu geben, das Thema ist ein übergreifendes, das auch mich als Kulturreferenten inhaltlich sehr interessiert, denn Kontextualisierungen sind, glaube ich, das Mittel der Stunde, das Mittel der Gegenwart, um sozusagen nicht Geschichte auszulöschen, sondern Geschichte tatsächlich auch weiterhin repräsentiert zu haben, aber eben in einer kontextualisierten Form. Nun wissen wir alle, dass die Auswahl der Straßennamen eben durch das Ludwig-Boltzmann-Institut der Karl-Franzens-Universität erfolgt. Diese arbeiten das ja aus. Für sämtliche dieser Texte wurden die Hinweistafeln angefertigt und in weiterer Folge wurden sie im Februar an Ort und Stelle montiert, auch mit einer kleinen Öffentlichkeitsarbeitsmaßnahme, um die Ernsthaftigkeit des Anliegens zu unterstreichen. Von den nun vier ausgeschilderten Namen hat die die Kommission die

Hälfte als bedenklich eingestuft, vier minder belastete und zwei stark belastete Persönlichkeiten. Im Vergleich dazu sind es nur 12 % aller personenbezogenen Straßennamen im Stadtgebiet, die kritisch zu hinterfragen sind, das heißt, bei der Auswahl hat man sich ohnehin sehr stark darum bemüht, die belasteten Straßennamen ein wenig vorzuziehen, insofern kommt es also durchaus zu einer Überrepräsentation in Bezug auf die Grundgesamtheit. Wenn über die belasteten Straßennamen hinaus Texte geliefert werden, werden diese nach Maßgabe der Ressourcen ebenso umgesetzt. Ich möchte an dieser Stelle übrigens auch anmerken, dass Ihre Fraktion ja jene war, die des Öfteren bemängelt hat, dass hier nicht schnell genug gearbeitet worden sei, dies umfasst auch die Kurztexpte. Der neue Vorwurf, dass jetzt das Projekt zu rasch umgesetzt wird, muss, glaube ich, nicht kommentiert werden, davon abgesehen müsste ja gerade Ihrer Fraktion eigentlich die Auswahl und die Namenswahl der Frau Maria Cäsar in der ersten Runde eigentlich durchaus etwas Positives sein und möchte daher dieser Kritik nicht ganz so stehen lassen (*Appl.*).

GR Mag. Kuhn:

Ich habe ja die Frage gestellt: Warum ist man vom Gemeinderatsbeschluss damals abgegangen? Da hat man mir gesagt, 2020 nimmt man alle sehr bedenklichen und die bedenklichen Straßennamen da hinein. Warum ist man da von diesem Beschluss abgegangen? Und die zweite Frage wäre dann auch noch dazu gleich wegen der Homepage, auch hier könnte man die bedenklichen Persönlichkeiten von den anderen irgendwie trennen. Da gibt es ja auch von der Kleinen Zeitung schon auch den Hinweis, dass man da auch vorsichtiger mit dieser Präsentation umgeht (*Appl.*).

StR Dr. Riegler:

Ja, die Warum-Frage habe ich schon beantwortet, indem ich Ihnen eben erklärt habe, wie es zu dieser Auswahl von zum Teil stark Belasteten und zum Teil nicht oder

weniger Belasteten gekommen ist. Wir werden uns bemühen, das Projekt zügig voranzutreiben, so schnell halt auch das Ludwig-Boltzmann-Institut ist.

**7.9 Frage 8: Fenstertausch in den Gürtelturm – Büroräumlichkeiten
(KO GR Ehmann, SPÖ an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

KO GR Ehmann:

Danke, Herr Vorsitzender, geschätzte Kolleginnen und Kollegen in der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler, lieber Günter. Ich darf fragen zum Thema Gürtelturm. Und zwar im Herbst 2018 mussten ja die erst vor wenigen Monaten bezogenen, angemieteten Büroräumlichkeiten im Gürtelturm-Gebäude kurzfristig wieder geräumt werden. Der Grund war ja damals, dass es durchaus gesundheitliche Beschwerden bei den Beschäftigten gegeben hat und die waren ausgelöst offensichtlich durch die Klimaanlage, die zu Atembeschwerden, Augenbrennen, Lungenproblemen und häufigen Krankenständen führte. Dass man hier entgegenwirken musste, ist klar. Es wurden auch Maßnahmen gesetzt, sei ja auch angefügt, aber um die Belastungen für die MitarbeiterInnen zu minimieren, sind ja die Räumlichkeiten auch mittlerweile wieder längst bezogen, aber die Problematik ist nicht ganz zur Gänze beseitigt. Eine damals zugesagte, 2019 war das, vereinbarte Maßnahme wurde bis dato noch nicht umgesetzt. Es hat geheißen, die Fenster werden getauscht, um Fensteröffnungen möglich zu machen. Die waren ja geschlossen durch dieses gesamtheitliche Klimasystem, und dieser Fenstertausch hat noch nicht stattgefunden und gerade jetzt in der Pandemie ist es auch wichtig, natürlich auch dort – Stichwort: Stoßlüften – auch hier eine Möglichkeit zu schaffen, hier lüften zu können, und deshalb eben namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Stadtrat, die

Frage:

Wann endlich erfolgt in den durch die Stadt angemieteten Gürtelturm-Büroräumlichkeiten der Fenstertausch, werden also Fenster eingebaut, die zu öffnen sind, wie dies im Interesse der Gesundheit der MitarbeiterInnen bereits im Jahr 2019, jetzt haben wir doch 2021, vereinbart worden war (Appl.)?

Originaltext der Frage:

Im Herbst 2018 mussten die erst wenige Monate zuvor durch die Stadt Graz angemieteten Büroräumlichkeiten im Gürtelturm-Gebäude kurzfristig wieder geräumt werden. Der Grund waren gesundheitliche Beschwerden, unter denen die Beschäftigten zu leiden hatten: Ausgelöst wurde das unter anderem durch eine Klimaanlage, die zu Atembeschwerden, Augenbrennen, Lungenproblemen und gehäuften Krankenständen führte.

Einige Maßnahmen wurden seit damals gesetzt, um die Belastungen für die MitarbeiterInnen zu minimieren, die Räumlichkeiten sind längst wieder bezogen, allerdings ist die Problematik immer noch nicht zur Gänze bereinigt: Eine damals zugesagte und 2019 vereinbarte Maßnahme wurde bis dato noch nicht umgesetzt - der Fenstertausch. Sprich der Einbau von Fenstern, die zu öffnen sind. Was nicht nur die Luft in den Gürtelturm-Büroräumlichkeiten in Hinblick auf besagte Problematiken entscheidend verbessern hätte sollen, sondern jetzt – in der Pandemie – naturgemäß von einem weiteren enormen gesundheitlichen Vorteil für die Beschäftigten wäre.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Wann endlich erfolgt in den durch die Stadt angemieteten Gürtelturm-Büroräumlichkeiten der Fenstertausch, werden also Fenster eingebaut, die zu öffnen

sind, wie dies im Interesse der Gesundheit der MitarbeiterInnen bereits im Jahr 2019 vereinbart worden war?

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.30 Uhr).

StR Dr. **Riegler:**

Ja, da ist bei diesem Projekt ein wenig der Wurm drinnen, wie wir ja schon aus leidvoller Erfahrung wissen. Darum habe ich mich auch schon immer wieder in den letzten Jahren kümmern müssen. Das Grundproblem war, dass wir einerseits neue Flächen gebraucht haben für das Straßamt, das noch dazu eben vorteilhafterweise mit dem Auto auch gut erreichbar sein sollte, daher war der Gürtelturm, die Location Gürtelturm, gut geeignet; tatsächlich hat es dann am Anfang Probleme gegeben mit der Klimatisierung, Heizung, Klima, Lüftung waren nicht in Ordnung. Wir haben daraufhin die Mietzahlungen eingestellt und tatsächlich auch mit der Vermieterin, einer Union, also Kapitalanlagegesellschaft, Verhandlungen aufgenommen.

Mittlerweile sind einmal die klimatechnischen Probleme gelöst. Was tatsächlich ein Problem ist, ist offenbar eine gewisse Lufttrockenheit, wobei man hier darauf hinweisen muss, dass Fensteröffnen bei Lufttrockenheit im Winter nichts hilft, ganz im Gegenteil, wenn man die Luftfeuchtigkeit im Freien bei 16 °C misst, das liegt bei 28 % und ist durchaus nur knapp über jener Luftfeuchtigkeit, die sozusagen auch drinnen herrscht. Das ist ein Problem, das man lösen muss, deswegen wäre es auch empfehlenswert und anzuraten, hier auch z.B. Pflanzen und andere Luftbefeuchter einzusetzen. Übrigens, so wie wir es in meiner Kindheit gewohnt waren, wir hatten also, als wir, diejenigen, die schon ein paar Jahre älter sind, die noch damals in der Volksschule waren, können sich erinnern, diese Plastik-Dinger, die man auf den Heizkörper gehängt hat und wo dann immer einer der Beauftragte war, das Wasser nachzufüllen. Also das ist sicherlich eine Maßnahme, die helfen kann. Sie haben aber natürlich Recht, das Problem ist gegeben, deswegen haben wir auch schon längst

Gespräche mit dem Vermieter gesucht. Es ist auch so ausverhandelt, dass der Fenstertausch stattfinden kann, aber es ist leider nicht so, dass wir durchsetzen können, dass wir selbst eine Ersatzvornahme machen können. Also kurz gesagt, es ist uns ein Anliegen, es ist wichtig, aber wir können es leider nicht selbst durchsetzen. Es wird sicher in den nächsten Monaten passieren (*Appl.*).

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Danke, gibt es eine Zusatzfrage?

KO GR **Ehmann:**

Nur eine Anmerkung, bitte. Also ja, ich habe jetzt vernommen, wir könnten dort einen zweiten botanischen Garten errichten. Das ist auch lieb und auch in Ordnung. Aber ich glaube, es wäre trotzdem zielführend und sinnvoll, wenn man wirklich das umsetzen könnte mit den Fenstern, wie vereinbart, dass sie zum Stoßlüften hier eine Möglichkeit haben, gerade in Zeiten der Pandemie, wie gesagt oder wie eingangs hingewiesen und im Sinne der MitarbeiterInnen, der Gesundheit und letztendlich auch der verantwortungsvollen Aufgabe, die dort letztendlich an den Arbeitsplätzen stattfindet und deshalb hoffe ich, dass du da draufbleibst. Danke (*Appl.*).

**7.10 Frage 9: Sport und Bewegung für unsere Kinder
(GR Dr. Hofer, ÖVP an StR Kurt Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GR Dr. **Hofer:**

Herzlichen Dank, Herr Vizebürgermeister, dass sich das noch ausgegangen ist. Du hast eingangs schon etwas gesagt wegen der Redezeit, deswegen bitte ich, mich zu stoppen. Wenn ich im Thema Sport zum Reden komme, kann es länger werden. Ich werde es versuchen, kurz zu machen. Die Corona-Pandemie, wie wir alle wissen, hat

uns jetzt seit einem Jahr fest im Griff und vor allem auch den Sport. Es ist vielleicht auch ein bisschen komisch, dass der Sportsprecher der ÖVP seinen eigenen Stadtrat dazu befragt, aber ich sehe das auch als eine sehr unpolitische und extrem wichtige Frage und weiß, dass das dem Kurt auch sehr am Herzen liegt. Wir haben seit einem Jahr sehr, sehr viele Einschränkungen im Sport, im Besonderen im Jugendsport. Ich spreche da nicht nur als Präsident vom Eishockey-Verband, auch als Mitglied der Eishockey-Akademie und auch als Vater zweier Kinder, wo ein Kind noch nicht Sport betreiben kann, es ist noch zu klein, und das zweite ein Mordssportler ist. Wir sehen da sehr viele Einschränkungen. Ich habe sehr, sehr viel Kontakt mit diversesten Sportfunktionären in der Steiermark, aber auch österreichweit, die große, große Mühe haben, ihre Vereine aufrechtzuerhalten. Der Sportamtsleiter Thomas Rajakovics hat heute auch schon Zahlen gebracht. Ich habe mir die sogar noch in den absoluten Zahlen angeschaut. Wir haben 10.800 Kindern in Graz, die im Vereinssport vergesellschaftet sind und haben in dem heurigen Jahr sage und schreibe 2.224 bereits verloren. Das sind wirklich existenzbedrohende Zahlen für die Vereine und da geht es jetzt nicht nur um den Vereinssport, sondern auch um den Schulsport. Gerade dort sehen wir, dass wir jetzt in den höheren Schulen zwar Turnunterricht haben, in Pflichtschulen aber noch nicht, das heißt, die Bewegung und der Sport für die Kinder bleiben massiv auf der Strecke. Jetzt bin ich selber Arzt, ich bin auch selber als Sportmediziner sehr tätig und habe selbst knapp 800 Testungen an Nachwuchssportlern durchgeführt, von diesen 800 Testungen waren fünf positive Fälle, zwei haben sich PCR-positiv bestätigt, die anderen drei waren sogar falsch-positiv und waren eigentlich negative Fälle. Wir sehen im Nachwuchssport eigentlich sehr, sehr, sehr wenig Fälle. Die Kinder sind, wenn sie erkrankt sind, meist symptomlos und es stellt sich halt wirklich die Frage: Warum dürfen diese Kinder sich nicht bewegen? Mittlerweile in der Schule werden sie zweimal in der Woche getestet. Wenn man mit den Vereinen spricht, egal, ob das jetzt die Leistungssportklausel ist, die natürlich ausgenutzt wird, oder Breitensportvereine sind, die Bereitschaft, Testungen durchzuführen, die Bereitschaft, Hygienekonzepte, Präventionskonzepte einzuhalten, ist sehr, sehr groß und ich glaube auch zu wissen, sagen zu können, dass die Bewegung und der Sport im

Verein ja grundsätzlich keine Probleme sein können, weil es eben dort Trainer gibt, die ausgebildet sind, Funktionäre gibt. Es gibt dort Präventionskonzepte, Hygienemaßnahmen, infrastrukturelle Adaptierungen, also es kann eigentlich nach einem Jahr nach dieser Pandemie nicht mehr sein, dass diese Kinder gar nicht mehr zum Sport kommen. Das rote Lamperl leuchtet, deswegen darf ich auch schon meine

Frage

formulieren:

Lieber Kurt, lieber Herr Stadtrat, wie siehst du die Auswirkungen der COVID-Situation, der SARS-CoV-2-Pandemie auf die Sportstadt, insbesondere auf den Schul- und Vereinssport (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Die Corona-Pandemie hat uns nun seit knapp einem Jahr fest im Griff und verlangt von uns allen große Einschränkungen ab. Zu Beginn war unser Wissensstand noch gering und zum Schutz der Allgemeinheit waren viele Einschränkungen notwendig und sinnvoll. Ein Jahr danach wissen wir aber schon viel mehr über das Virus und die Datenlage. Der aktuelle Stand der Wissenschaft ist ein deutlich besserer.

Die Lage der Sportvereine im organisierten Sport – im Besonderen im Nachwuchssport – ist jedoch weiterhin eine sehr prekäre.

In nahezu allen Sportarten ist es seit einem Jahr nicht möglich, ein organisiertes Training abzuhalten und von Wettkämpfen ist ganz zu schweigen. Die „Spitzensport-/Leistungssportklausel“ trifft nur auf einen ganz geringen Teil zu und sind derzeit auch nur „bundesweite Meisterschaften“ erlaubt. Es wurden Hygiene- und Präventionskonzepte entworfen, Trainer, Betreuer und Funktionäre geschult, infrastrukturelle Maßnahmen getroffen und es herrscht eine große Bereitschaft der Eltern und Kinder,

Testungen durchzuführen. Gerade im organisierten Sport ist es den Vereinen zuzutrauen, umsichtig und verantwortungsbewusst mit der Aufgabe umzugehen und einen, wenn auch vielleicht eingeschränkten, Betrieb der Vereine zu erlauben.

Den Vereinen laufen die Kinder davon und den Kindern, die bereits auf hohem Niveau Sport betreiben, fehlt ein ganzes Jahr ihrer Entwicklung! Jeder, der weiß, wie kurz die Zeit zur Entwicklung besonderer Fähigkeiten im Nachwuchssport ist, weiß um die große Gefahr des Verlusts einer ganzen Sportgeneration. Ganz abgesehen davon, dass Sport und Bewegung als einer der größten Verbündeten im Kampf gegen das Corona-Virus verstanden und daher gefördert und nicht verhindert werden sollte.

Auch der Turnunterricht in den Schulen, für viele Kinder und Jugendliche die wichtigste, weil regelmäßige Bewegungseinheit, kommt zur Zeit zu kurz bzw. ist er nur unter Einschränkungen oder überhaupt nur im Freien möglich.

Daher stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Sportstadtrat, folgende

Frage:

Wie siehst du die Auswirkungen von COVID auf die Sportstadt, insbesondere auf den Schul- und Vereinssport bzw. welche Möglichkeiten stehen dir als Stadtrat für Sport und Bildung, insbesondere im Sportjahr 2021, zur Verfügung, um die Bemühungen, den Sport für Kinder wieder zu ermöglichen, zu unterstützen?

StR Hohensinner:

Lieber Philipp, danke für die Frage, auch danke an den Vizebürgermeister, dass sie noch zugelassen wurde. Gerade am Start des Sportjahres ist es wichtig, dass dem Sport hier Raum eingeräumt wird. Philipp, du bist absolut glaubwürdig in dieser Frage, bei aller gebotenen Vorsicht, du bist Arzt, du bist Sportfunktionär und Vater. Wir müssen da wirklich jetzt ganz vorsichtig mit der Situation umgehen, um möglichst keine Jugendlichen zu verlieren. In Graz haben wir allgemein eine zweigeteilte Situation: der Einzelsport, gerade im Freizeitbereich ist sehr gut unterwegs, also der boomt auch in

der Covid-Zeit. Ich sehe überall, wo ich hinkomme, Radfahrer, Läufer, also das funktioniert gut. Also, die Leute sind da wirklich sehr verantwortungsbewusst, dass sie im Sport auch eine Stärkung des Körpers sehen. Wo haben wir ein Problem? Vor allem im Schul- und Vereinssport sowie auch bei Tanzschulen und in Fitnessstudios, also da haben wir wirklich eine große Herausforderung.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke.

StR Hohensinner:

Wir haben heute schon mehrfach gehört, die Jugendvereine, die Sportvereine haben im vergangenen Jahr 20 % ihrer Mitglieder verloren, das ist alarmierend. Philipp, du hast gesagt, ca. 2.200 Kinder. Es ist jetzt wirklich wichtig, dass wir das Sportjahr nützen, um diese Kinder, um die Jugend wieder zurück in die Vereine zu bringen. Was die Schule anbelangt, es ist aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar, wenn die Kinder getestet sind, und sie werden zweimal in der Woche getestet, warum gerade der Turmunterreicht hier auf der Strecke bleibt, also da ist wirklich mein Ersuchen, dass man hier auch umdenkt in Wien, was den Vereinssport anbelangt. Da habe ich jetzt seit Wochen auch die Forderung erhoben an die Bundesregierung, dass sie uns zumindest eine Planungsperspektive geben kann, ab wann und unter welchen Voraussetzungen, unter welchen Hygienevoraussetzungen die Vereine wieder ihre ganz wichtige Kinder- und Jugendarbeit, Sportarbeit wieder aufnehmen können. Also, das ist aus meiner Sicht ganz wichtig. Es wurde ja wahrscheinlich zum Teil seitens der Sportstadt Graz gehört, aber es gibt ja viele Initiativen auch von den Dachsportverbänden. Morgen, Freitag, findet ein Sportgipfel statt zwischen Gesundheitsministerium und Sportministerium. Also da erhoffe ich schon, dass wir eine Perspektive bekommen. Ja, ich weiß, die Zahlen gehen jetzt geringfügig wieder rauf, man muss sich das wirklich anschauen, andere Bereiche werden geöffnet. Aus meiner Sicht darf der Sport hier nicht auf der Strecke bleiben, weil der Sport uns insgesamt weiterbringt. Also meine volle

Unterstützung hast du, Philipp, und ich hoffe, dass es in Wien da auch eine Überlegung gibt, wie man den Vereinssport wieder ermöglicht (*Appl.*).

GR Dr. Hofer:

Danke für deine Unterstützung und deine Zustimmung. Du hast schon angesprochen, dass es morgen diesen Gipfel geben wird. Es ist ja einmal im Raum gestanden, dass mit 1. März quasi es zu Lockerungen kommen könnte, das würde ja wie die Faust aufs Auge passen, wenn ich es in der Eishockey-Sprache sagen darf, mit unserem Sport-Jahr in Graz. Jetzt habe ich aber schon gehört, es kann durchaus sein, dass es bis Ostern dauern wird, was natürlich wieder ein herber Rückschlag wäre. Gesetzt den Fall, dass es wirklich da jetzt zu weiteren Einschränkungen im sportlichen Bereich kommen kann, kannst du dir vorstellen, dass aufgrund des Beginns jetzt der Sport-Stadt 2021 in Graz die Stadt selbst und mit dir als Sportstadtrat Initiativen setzen kann, bis es eben zu den wirklichen Lockerungen kommen kann?

StR Hohensinner:

Lieber Philipp, ja, dieser Schritte können wir setzen. Wie schon heute öfters gefallen, wir starten am Montag mit dem Sportjahr. Das ist ein Jahr, wo wir nicht zuschauen, es ist absichtlich ein Jahr zum Mitmachen – nicht schneller, höher, weiter, sondern breiter – wir wollen den Breitensport ansprechen. Somit dient das Sportjahr wirklich wieder dazu, dass wir die Kinder zurück in die Vereine bringen. Vielleicht vier Möglichkeiten, wo wir auch, wenn es zu keinen Lockerungen kommen würde, was ich nicht hoffe, wie wir hier selbst aktiv werden können. Der Thomas Rajakovics hat schon angekündigt, in der nächsten Woche findet die größte Bewegungsintervention statt, die es jemals in der Steiermark gegeben hat in den Schulen. Weil das ist ja derzeit erlaubt, man kann sich im Klassenzimmer bewegen in der normalen Kleidung, koordinative Bewegungseinheiten kann man setzen. Das haben wir mit der Antenne Steiermark gemeinsam aufbereitet, jeden Tag wird ein Prominenter eine Sportübung vorzeigen.

Ich glaube, dass wir da wirklich gute Stimmung erzeugen können und das ist, glaube ich, auch jetzt in der Covid-Zeit so wichtig, die Leute sind schon angefressen, zwider, und durch den Sport können wir wieder eine positive Stimmung erzeugen. Zweite Aktion: Wir werden 200 Kleinaktionen starten mit den Grazer Vereinen gemeinsam, also die Grazer Vereine haben ja jetzt aufgrund der Auflagen derzeit nicht die Möglichkeit, mit den Vereinsmitgliedern alles zu machen, somit werden sie mit uns gemeinsam auf den öffentlichen Plätzen kleine Veranstaltungen durchführen. Dritter Punkt: Wir werden bei der SozialCard eine Erweiterung durchführe. Alle Familien, die eine SozialCard haben, werden in diesem Jahr und auch in den nächsten Jahren einen kostenlosen Zugang zu den Grazer Sportvereinen bekommen, also das wird auch dazu dienen, dass wir hoffentlich mehr Kinder und Jugendliche in Richtung Vereine bekommen. Darüber hinaus müssen wir auch auf die Vereine schauen, dass die nicht auf der Strecke bleiben, weil weniger Mitglieder bedeutet auch weniger Einnahmen, deswegen haben wir auch dank Bürgermeister, Vizebürgermeister und Finanzreferent die Jugendförderung um 20 % angehoben. ich hoffe, dass das auch den Vereinen dienlich ist und mit der Mission 2021 werden wir hoffentlich den Sport in den Mittelpunkt rücken. Ich habe schon gesehen, der Aufruf vom Thomas Rajakovics hat bereits gefruchtet, einige sind bereits Missionare geworden unseres Sportjahres, bitte auch alle, die jetzt zuschauen über den Livestream, man kann ganz leicht über letszograz.at Unterstützer des Sportjahres werden. Bitte macht mit.

Let's go Graz.

Ende Fragestunde: 13:45 Uhr